

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 26.02.2009

Tagungsort: Freizeitzentrum Baumheide, Rabenhof 76, 33609 Bielefeld
Beginn: 18:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 21:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher - stellv. Bezirksvorsteher - (RM)

CDU

Herr Dr. Guido Elsner
Frau Elke Grünewald (RM)
Frau Monika Kammeier
Frau Heidemarie Pilchner ab 18.07 Uhr (TOP 3)
Herr Heinz Pilchner ab 18.07 Uhr (TOP 3)
Herr Jan Scholten (Vors.) (RM)
Herr Jörg-Rüdiger Schütz

SPD

Herr Bernd Diekmann
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger
Frau Traude Schnadhorst
Herr Kurt Stuke
Herr Gerhard Wäschebach (Vors.)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Marianne Kreye (Vors.)

BfB

Frau Lieselotte Köttnitz

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Herr Andreas Rüther
Frau Angela Hoose

- Bezirksvorsteher -

(RM)

Verwaltung

Herr Blankemeyer
Frau Binder-Kruse
Herr Steinriede
Herr Herrmann
Herr Wittler

Bauamt

(zu TOP 6 u. 7)

Bauamt

(zu TOP 6)

Bauamt

(zu TOP 7)

Immobilienervicebetrieb

(zu TOP 8)

Amt für Jugend und Familie -
Jugendamt -

(zu TOP 9 u. 10)

Amt für Verkehr

(zu TOP 11)

Herr Sundermann

Immobilienervicebetrieb

(zu TOP 15.1)

Herr Goldbeck

Herr Daube

Bezirksamt Heepen

Herr Lötze

Bezirksamt Heepen

Schriftführer

Externe

Herr Tischmann

Büro für Stadtplanung und
Kommunalberatung Tisch-
mann & Schroten, Rheda

(zu TOP 6)

Frau Kopischke

Büro Junker & Kruse, Stadt-
forschung/Planung

(zu TOP 7)

Herr Gieselmann-Wöller

Architekt

(zu TOP 8)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

An die Bezirksvertretung und die Verwaltung werden keine Einwohnerfragen gerichtet.

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 50. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 15.01.2009

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 50. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 15.01.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1

Umbau der Kreuzung Altenhagener Straße / Amtmann-Bullrich-Straße / Am Homersen (vgl. BV Heepen - 27.11.2008 - öffentlich - TOP 6)

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 09.12.2008.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass die Spedition Reckendorf ihres Wissens ihr Betriebsgelände verlegt habe und insofern am Altstandort kein Speditionsbetrieb mehr stattfindet. Die Unübersichtlichkeit des Kurvenbereiches sei u. a. auf den großen Einfahrtsbereich zum ehemaligen Speditionsgelände zurückzuführen. Unter Umständen bestehe daher aus ihrer Sicht nicht mehr die Notwendigkeit für einen so großen Einfahrtsbereich. Ein Rückbau des Einfahrtsbereiches könne vor diesem Hintergrund ihres Erachtens zu einer weiteren Verbesserung der Verkehrssituation führen. Sie fragt, ob diese Option im Zuge der Planung des Umbaus berücksichtigt wurde.

Herr Daube führt aus, dass die Verwaltung diese Fragen prüfen werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.1 *

-.-.-

3.2

Gefahrenstelle Milser Straße (vgl. BV Heepen - 04.09.2008 - öffentlich - TOP 4.2)

In der o. g. Angelegenheit hat das Amt für Verkehr, Straßenverkehrsbehörde, darüber informiert, dass vom Landesbetrieb Straßen NRW (Straßenbaulastträger) Rückschnittmaßnahmen vorgenommen wurden. Ein weiterer Rückschnittbedarf werde vom Landesbetrieb als zuständigen Straßenbaulastträger nicht gesehen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3

**Spiegel Glückstädter Straße / Lämmkenstatt
(vgl. BV Heepen - 27.11.2008 - öffentlich - TOP 5.3)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr
- Straßenverkehrsbehörde - vom 29.01.2009.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.3 *

-.-.-

3.4

**Fußweg von der Scheffelstraße bis zur Stadtbahnhaltestelle
Schelpmilser Weg
(vgl. BV Heepen - 27.11.2008 - nichtöffentlich - TOP 14.4)**

Im Anschluss an die Information der Verwaltung zur Sperrung der Fußwegeverbindung bzw. zur Schaffung einer alternativen Wegeverbindung hatte Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) um einen Lageplan, in dem die angesprochenen Wegebeziehungen gekennzeichnet sind, gebeten.

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Stadtplanausschnitt, in dem die angesprochenen Wegeverbindungen farblich eingezeichnet sind.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5

**Wegeverbindung in der Johannisbachau zwischen Talbrückenstraße
und Jerrendorfweg - Haler Esch -
(vgl. u. a. BV Heepen - 15.01.2009 - öffentlich - TOP 7.2)**

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 hatte Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) unter Hinweis auf eine entsprechende Beschlussfassung der Bezirksvertretung Heepen die Frage gestellt, ob die Maßnahme im Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes der Stadt Bielefeld veranschlagt wurde. Die Prüfung der Frage hat ergeben, dass die Maßnahme im Entwurf des Wirtschaftsplanes mit 81.000 € veranschlagt wurde.

Frau Kammeier (CDU-Fraktion) stellt fest, dass ihr die veranschlagten Kosten in Höhe von 81.000 € sehr hoch erscheinen. Sie bitte die Verwaltung um Mitteilung, welche Wegeverbindungen angesprochen sind und welche Maßnahmen (Ausbaustandard etc.) im Einzelnen vorgesehen sind.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6

**Stadtbahnverlängerung Linie 2 / Milse
(vgl. u. a. BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 8)**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 04.11.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7

**Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern im Gebiet der Stadt Bielefeld
(vgl. u. a. BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 10)**

Der Bezirksvorsteher, der stellvertretende Bezirksvorsteher, die Fraktionsvorsitzenden und die Vertreterin der BfB haben mit den Sitzungsunterlagen folgende Unterlagen erhalten:

- Ergänzende Anlage zur Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 5839/2004-2009
- Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 09.12.2009
- Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 11.12.2009
- Abdruck der Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 5839/2004-2009

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 Fördermittel für Stadtbahn nach Heepen - Anfrage der Gruppe „Bürgernähe“

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 04.11.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 Stadtbahn nach Heepen – Anfrage der Gruppe „Bürgernähe“ im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 04.11.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10 Maßnahmen im besonderen Landesinteresse - Finanzierung nach § 13 ÖPNVG NRW

Mit den Sitzungsunterlagen haben der Bezirksvorsteher, der stellvertretende Bezirksvorsteher, die Fraktionsvorsitzenden und die Vertreterin der BfB einen Abdruck der Informationsvorlage der Verwaltung (Drucksache 5796/2004-2009), einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 04.11.2008 und einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt am 20.11.2008 erhalten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) kritisiert unter Bezugnahme auf die geplante Verlängerung der Stadtbahnlinie 2, dass offenbar vom Land derzeit keine Fördermittel für entsprechende Infrastrukturmaßnahmen in Bielefeld bereitgestellt werden. Die moBiel GmbH sei daher gezwungen, die entstehenden Kosten vorzufinanzieren, um die Stadtbahnverlängerung dennoch realisieren zu können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.10 *

-.-.-

3.11

Zukunft der Stadtbahn in Bielefeld - Vision 2030

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder einen Abdruck der Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksache 5795/2004-2009), einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 04.11.2008, einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 09.12.2008, einen Abdruck der Nachtragsvorlage zur Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksache 5795/2004-2009/1 - mit Anlagen 1 bis 4) sowie einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 18.12.2008 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.11 *

-.-.-

3.12

L 712 n - Ostwestfalenstraße - 4. BA

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Abdruck einer Anfrage der Bürgerinitiative „L 712 NICHT SO e.V.“ vom 30.10.2008 sowie das dazu an den Vorsitzenden der Bürgerinitiative, Herrn Blumenstock, übersandte Antwortschreiben des Amtes für Verkehr vom 25.11.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.12 *

-.-.-

3.13

Veränderung der Verkehrszahlen im Land NRW bei Bundes- und Landesstraßen im Jahr 2020

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 09.12.2008 sowie die Antwort der Verwaltung zu der der Beratung zu Grunde liegenden Anfrage der Gruppe „Bürgernähe“ (Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 09.12.2008) vom 25.11.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.13 *

-.-.-

3.14

Naturschutz für die Johannisbachau (gemeinsamer Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.12.2008)

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt am 18.12.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.14 *

-.-.-

3.15

Hygienische Zustände auf den Toilettenanlagen von Schulen

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb am 25.11.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.15 *

-.-.-

3.16

Ersatzneubau einer Fußgängerbrücke (Vogelbachweg / Vogelbach)

Das Amt für Verkehr hat den Ersatzneubau der Fußgängerbrücke ausgeschrieben. Die Maßnahme wird voraussichtlich im April/Mai 2009 ausgeführt (vgl. Anlage: Stadtplanauszug).

Frau Schnadhorst (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass die Brücke Teil des „Wappenwanderweges“ sei. Im Rahmen privater Baumaßnahmen wurden an die Brücke angrenzende Wegeabschnitte durch Baufahrzeuge stark beschädigt. Ihres Erachtens müssen die angesprochenen Wegeabschnitte zeitnah - ggf. im Zuge des Brückenbaus - wiederhergestellt werden. Sie bitte die Verwaltung, alle notwendigen Schritte zu veranlassen.

Frau Kammeier (CDU-Fraktion) unterstreicht die von Frau Schnadhorst erhobene Forderung unter Hinweis auf die Bedeutung des „Wappenwanderweges“ für das Wanderwegenetz im Stadtbezirk Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.16 *

-.-.-

3.17

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Stadtbezirk Heepen zum 31.12.2008

Den Mitteilungen beigefügt ist eine entsprechende Auswertung des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) begrüßt die erneute Zunahme der Wohnbevölkerung im Stadtbezirk. Seines Erachtens sei dies ein Beleg für die gute Wohnqualität im Stadtbezirk Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.17 *

-.-.-

3.18

Eheschließungen im Stadtbezirk Heepen

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Auswertung zu den im Jahr 2008 an den Trauorten der Stadt Bielefeld durchgeführten Trauungen und eine Auswertung zur Entwicklung der in der „Galerie in der Alten Vogtei“ durchgeführten Trauungen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.18 *

-.-.-

3.19

Projekt Jugend - Freizeit - Natur in der Johannisbachau (vgl. BV Heepen - 27.11.2008 - TOP 8)

Mit den Sitzungsunterlagen wurde allen Bezirksvertretungsmitgliedern ein Abdruck des Schlussberichtes übersandt.

Der Schlussbericht wird am 26.02.2009 um 16.30 Uhr im Freizeitzentrum Baumheide (Raum 109) der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Einladung ist den Mitteilungen beigefügt.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bewertet das Projekt positiv. Die vor der Sitzung der Bezirksvertretung durchgeführte gelungene Projektpräsentation habe nochmals die Bedeutung des Projektes für die Jugendlichen im Stadtteil Baumheide unterstrichen. Die von allen Akteuren investierte Arbeit sollte seines Erachtens Motivation für die Fortsetzung entsprechender Aktivitäten sein.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) schließt sich der von Herrn Wäschebach vertretenen Auffassung an und spricht sich dafür aus, eine mögliche Weiterführung des Projektes bzw. ähnlicher Projekte durch die Bezirksvertretung zu unterstützen.

Weitere Bezirksvertretungsmitglieder schließen sich dieser Auffassung in ihren Wortbeiträgen an.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.19 *

-.-.-

3.20

Informationsveranstaltung für Eltern 4-jähriger Kinder

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Information des Amtes für Jugend und Familie - Jugendamt - vom 27.01.2009 und ein Abdruck der Einladung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.20 *

-.-.-

3.21

Schadstoffbelastungen in der Grundschule Milse (vgl. BV Heepen - 23.10.2008 - öffentlich - TOP 3.23)

Der Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld hat mitgeteilt, dass nach der Informationsveranstaltung im September 2008 (Zwischenbericht) in der Grundschule Milse weitere Untersuchungen durchgeführt wurden.

Die neuen Ergebnisse waren nicht plausibel, da auch in den Proben von Farbanstrichen (Anstrich erfolgte 2002) Asbest vorgefunden wurde. Das mit den Untersuchungen beauftragte Labor stellte fest, dass aufgrund eines gerätetechnischen, systematischen Problems falsche Analysenergebnisse geliefert wurden.

Daraufhin erfolgte eine erneute Untersuchung durch ein anderes Labor. Zeitgleich wurden alle Proben vom ursprünglich beauftragten Labor nachuntersucht. Die Ergebnisse werden im Einzelnen im Anhang des der Schulleitung vorliegenden Abschlussgutachtens dargestellt.

Alle Bezirksvertretungsmitglieder haben mit den Sitzungsunterlagen den Sachstandsbericht des Immobilienservicebetriebes vom 06.02.2009 erhalten.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher kritisiert die seines Erachtens zu späte Unterrichtung der Bezirksvertretung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.21 *

-.-.-

3.22

Wohnungsmarktbericht 2008

Den Mitteilungen beigefügt ist ein - auf den Stadtbezirk Heepen bezogener - Auszug aus dem Wohnungsmarktbericht 2008. Der vollständige Wohnungsmarktbericht liegt im Bezirksamt zur Einsichtnahme bereit bzw. kann bei Bedarf im Bezirksamt angefordert werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.22 *

-.-.-

3.23

Tag der Mobilität / Radtag 2009 (vgl. BV Heepen - 15.01.2009 - TOP 3.10 und 3.12)

Im Rahmen der Beratung hatte Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) vor dem Hintergrund der Streckenführung (große Streckenabschnitte liegen im Stadtbezirk Heepen) um Vorstellung des Projektes gebeten (vgl. BV Heepen - 15.01.2009 - TOP 3.10). Darüber hinaus hatte Herr Wäschebach im Rahmen der Beratung zum „Ziel- und Maßnahmenkonzept zur Förderung des Radverkehrs in Bielefeld“ (vgl. BV Heepen - 15.01.2009 - TOP 3.12) gebeten, die hier für die Vorbereitung des Radtages veranschlagten Kosten in Höhe von 50.000 € aufzuschlüsseln. Das Amt für Verkehr hat hierzu folgende Stellungnahme abgegeben:

Der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss hatte am 17.06.2008 den Vorschlag der Verwaltung, in 2009 eine Veranstaltung „Innovative Formen der Mobilität“ mit einem Parcours zwischen Herford und der Bielefelder Innenstadt durchzuführen, begrüßt und die Verwaltung u. a. beauftragt, das Vorhaben weiter zu konkretisieren (vgl. UStA - 17.06.2008 - öffentlich - TOP 9).

Die konkretisierte Planung sieht vor, in Zusammenarbeit mit der Stadt Herford und den Marketinggesellschaften „Bielefeld Marketing“ und „Pro Herford“ am Sonntag, dem 20.09.2009 eine gemeinsame Veranstaltung mit einer autofreien Verbindung zwischen den beiden Städten durchzuführen (**vgl. Anlage „Radroute“**: Ravensberger Park Bielefeld - Heeper Straße - Vogteistraße - Schelpmülsener Weg - Herforder Straße in Richtung Herford - Herforder Altstadt).

Die Straßenverkehrsbehörden Bielefeld und Herford werden die Streckenführung gemeinsam mit dem Landesbetrieb Straßen NRW, der Bezirksregierung Detmold und der Polizei weiter konkretisieren. In einem ersten Gespräch wurde die Streckenführung von den Beteiligten als „grundsätzlich möglich“ beurteilt.

Das von den beteiligten Marketinggesellschaften erarbeitete Veranstaltungskonzept sieht u. a. vor, dass entlang der Strecke an geeigneten Punkten Aktionen durchgeführt werden. So ist vorgesehen, die an der Strecke befindlichen Besonderheiten und Sehenswürdigkeiten in die Veranstaltung einzubinden. Die „Bielefeld Marketing“ wird die verschiedenen Institutionen und Organisationen ansprechen und sie zu einer Beteiligung einladen.

Da die vorgesehene Route auf Bielefelder Gebiet überwiegend durch den Stadtbezirk Heepen - insbesondere durch die Stadtteile Heepen und Brake - verläuft, besteht die Möglichkeit, dass sich auch Vereine, Initiativen aus Heepen und Brake aktiv beteiligen.

Die für die Veranstaltung veranschlagten Finanzmittel in Höhe von 50.000 € werden für die Organisation und entsprechende Nebenkosten (Sanitäre Anlagen, Reinigung, Sanitätsdienste, Bühnen, notwendige Elektroinstallationen, Öffentlichkeitsarbeit etc. eingesetzt. Darüber hinaus ist die „Bielefeld Marketing“ bemüht für konkrete Aktionen und Darbietungen entlang der Strecke Sponsoren zu gewinnen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.23 *

-.-.-

3.24

Friedhof Brake Ost: Schreiben des Heimatvereins Brake e. V. vom 11.10.2008 (vgl. BV Heepen - 23.10.2008 - Öffentlich - TOP 3.19)

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Umweltbetriebes vom 11.02.2009 sowie ein Abdruck des Schreibens des Heimatvereins Brake e. V. vom 11.10.2008.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.24 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.25

Amphibienschutzmaßnahmen 2009 im Stadtbezirk Heepen

Herr Daube informiert darüber, dass im Stadtbezirk Heepen im Frühjahr 2009 wieder an 2 Straßenabschnitten Maßnahmen zum Schutz von Amphibien auf ihrem Weg zu den Leichtgewässern durchgeführt werden. Im Zuge dieser Maßnahmen erfolgt im Bereich Heeper Fichten und Wiesenstraße eine sprechende Hinweisbeschilderung. Darüber hinaus werden im Bereich Heeper Fichten Schutzzäune errichtet. Die Betreuung der Maßnahmen erfolgt wie in den Vorjahren durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.25 *

-.-.-

3.26

**Ausschreibungen und Baumaßnahmen des Geschäftsbereiches
Stadtentwässerung des Umweltbetriebes**

Der Geschäftsbereich Stadtentwässerung des Umweltbetriebes hat folgende Baumaßnahmen ausgeschrieben, die in Kürze begonnen werden sollen:

- Kanalbauarbeiten im Bereich Süntel-/Zoptenstraße
- Kanalbauarbeiten in der Huchtstraße (Schmutzwasser- und Regenwasserkanal).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.26 *

-.-.-

3.27

Schäden im Bereich des Wegenetzes in der Johannisbachau

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass vermutlich im Zuge der derzeit in der Johannisbachau durchgeführten Baumaßnahmen und „Baumfällaktionen“ verschiedene Wegeabschnitte durch Bau- bzw. Forstfahrzeuge beschädigt wurden. Er bitte die Verwaltung um Mitteilung, wann die Schäden beseitigt werden und wer die Wiederherstellungskosten zu tragen habe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 3.27 *

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Verkehrsfluss Braker / Engersche Straße: Verkehrszählung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6535/2004-2009

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

„Im Januar 08 wurde die Verwaltung beauftragt, die Belastung der Braker Straße im Einmündungsbereich der Engerschen Straße zu messen und die derzeitige Leistungsfähigkeit zu bewerten (Eine Mitteilung vom 15. Juli zu einem Teilergebnis wurde nicht als Abarbeitung dieses Auftrags angesehen.). Wann werden diese Ergebnisse vorgelegt?“

Herr Daube teilt mit, dass zunächst aufgrund der Bauarbeiten (Grafenheider Straße) keine Messungen durchgeführt werden konnten. Dadurch wurde leider

versäumt, den Straßenbaulastträger (Landesbetrieb Straßenbau NRW) anzuhören. Die Anhörung wurde mit Schreiben 20.02.2009 nachgeholt. Sobald eine Stellungnahme vorliegt, werde die Verwaltung die Bezirksvertretung Heepen informieren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 4.1 *

Zu Punkt 4.2 Verkehrssituation in Oldentrup

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6536/2004-2009

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

„Im Februar 08 wurde die Verwaltung beauftragt, Vorschläge vorzulegen, wie der Ortskern von Oldentrup entlastet werden kann. Die Bezirksvertretung hatte dabei auch den Bau einer Umgehungsstraße ins Gespräch gebracht. Unseres Wissens liegen Zahlen und Berechnungsergebnisse vor. Wann werden diese in der Bezirksvertretung vorgestellt?“

Herr Daube informiert darüber, dass ein seitens der Verwaltung beauftragtes gesamtstädtisches Verkehrsgutachten im Januar 2009 fertig gestellt und der Stadt Bielefeld übergeben wurde. Das Gutachten beinhaltet keinen separaten Planfall zu einer Entlastung des Ortskerns von Oldentrup. Dieser Planfall werde seitens der Verwaltung erarbeitet. Da mehrere Anfragen zu Simulationen möglicher Entlastungsmaßnahmen vorliegen, werden diese sukzessive abgearbeitet. Hierbei habe die Situation im Stadtteil Oldentrup hohe Priorität. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse einer entsprechenden Untersuchung noch vor der Sommerpause der Bezirksvertretung Heepen vorzustellen.

Frau Köttnitz (BfB) regt an, die Verwaltung aufzufordern, die Angelegenheit mit mehr Nachdruck zu bearbeiten. Der hohe Handlungsbedarf sei vor Ort täglich erkennbar. Nach Ansiedlung des Logistikunternehmens „Parker Hanifin“ werde sich die Belastung der Einwohnerinnen und Einwohner ihres Erachtens noch verstärken.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) spricht sich dafür aus, zunächst die von der Verwaltung angekündigte Auswertung eines entsprechenden Planfalls abzuwarten und auf dieser Grundlage eine Lösung zu suchen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 4.2 *

Zu Punkt 4.3 Kindergartenplätze in Brake und Heepen: Bedarfsermittlung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6537/2004-2009

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

„Im Februar 08 war die Bezirksvertretung (im Zusammenhang mit der Beratung des KiBiz) damit einverstanden, die in einem SPD-Antrag geforderte Bedarfsermittlung für Kindergartenplätze im Stadtbezirk und die sich möglicherweise daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten bis zum Herbst aufzuschieben. Wann werden diese Informationen von der Verwaltung geliefert?“

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher führt aus, dass die Verwaltung aufgrund des engen Sachzusammenhanges darum gebeten habe, die Anfrage im Rahmen der Beratung zu TOP 9 (Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2009/2010) beantworten zu können.

- Die Bezirksvertretung stimmt zu. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 4.3 *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Altenhagener Straße: Querungshilfe und Bushaltestelle Höhe Tonstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6544/2004-2009

(Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen)

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt grundsätzlich die Anlage der Haltestellen und der Querungshilfe. Aufgrund der durch die Querungshilfe bedingten Verschwenkung der Altenhagener Straße - die für Autofahrer überraschend sei - ergebe sich ein Gefahrenpotential, das ihres Erachtens durch eine entsprechende Tempobegrenzung in Grenzen zu halten sei. Darüber hinaus habe sich herausgestellt, dass die Querungshilfe bei Dunkelheit nur schwer erkennbar sei. Vor diesem Hintergrund sei es dringend erforderlich, die Kanten der Querungshilfe mit Reflektoren kenntlich zu machen.

Herr Scholten (CDU-Fraktionsvorsitzender) kritisiert, dass der Landesbetrieb seines Erachtens zu spät mit dem Bau der Anlage begonnen habe. Der Winterereinbruch habe daher die Fertigstellung deutlich verzögert. Seines Erachtens seien auch die Markierungsarbeiten nun schnellstmöglich durchzuführen. Weiterhin rege er an, den Bereich besser zu beleuchten.

Frau Kammeier (CDU-Fraktion) bestätigt die von Frau Kreye und Herrn Scholten getroffenen Aussagen. Darüber hinaus hält sie es für erforderlich, auch bereits vor Abschluss der Bauarbeiten entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Schütz (CDU-Fraktion) erläutert die sich bei den beantragten Geschwindigkeitsreduzierungen für Autofahrer ergebenden zeitlichen Abhängigkeiten. Die entstehenden Verzögerungen seien seines Erachtens kaum spürbar.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung soll dafür Sorge tragen, dass auch nach der Fertigstellung der Baustelle zum Umbau der Bushaltestelle bzw. dem Neubau der Verkehrsinsel an der Altenhagener Straße eine Tempobegrenzung auf 50 km/h festgelegt wird.

Weiterhin sollen die Begrenzungskanten der Verkehrsinsel durch Reflektoren gekennzeichnet werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 5.1 *

Zu Punkt 5.2

Optimierung der Verkehrssituation im Ortsteil Oldentrup

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6560/2004-2009

(Antrag der CDU-Fraktion)

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) verweist auf den hohen Handlungsbedarf und stellt fest, dass neben den anderen im Antrag genannten Maßnahmen eine Entlastung der Situation ihres Erachtens nur über den Bau einer Umgehungsstraße auf der Trasse der B 66 n möglich sei. Zurückblickend bedauert sie, dass die Planungen für den Bau der B 66 n u. a. mit Unterstützung der SPD aus dem Bundesfernstraßenbedarfsplan gestrichen und eingestellt wurden. Dies führe nun vermutlich zu erheblichen Zeitverzögerungen und nicht absehbaren Mehrkosten. Über die Prüfung zum Bau einer Umgehungsstraße hinaus bitte sie die Verwaltung, andere Lösungen (z. B. Aufbringung von „Flüsterasphalt“ bei Deckensanierungen) zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrssituation im Stadtteil Oldentrup zu suchen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die im Antrag geforderte Erneuerung des Straßenbelages der Potsdamer Straße zustimmungsfähig, aber in der Arbeitsgruppe *Tiefbau/Verkehr/Planung* zunächst noch priorisiert werden müsse. Der ebenfalls im Antrag geforderte Kreisverkehrsplatz

an der Kreuzung Oldentruper Straße / Hillegosser Straße / Bechterdisser Straße sei bereits gemeinsam beschlossen und an dritter Stelle priorisiert. Die SPD-Fraktion vertrete die Auffassung, dass die Frage einer Ortsumgehung von der Verwaltung geprüft werden müsse, spreche sich aber nach wie vor gegen den Bau einer B 66 n entsprechend der ursprünglichen Planung aus. Er rege daher an, die Formulierung „... auf der Trasse der B 66 n ...“ durch die Formulierung „... entlang der Bahn ...“ zu ersetzen.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich grundsätzlich gegen den Bau einer Umgehungsstraße aus.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass ein Teilstück der Potsdamer Straße - u. a. auf Initiative der SPD-Fraktion - bereits erneuert wurde. Hinsichtlich einer möglichen Umgehungsstraße sollte seines Erachtens nicht über die Notwendigkeit der B 66 n sondern über die Frage, wie – u. U. auch durch den Bau einer Umgehungsstraße - die Belastungen der Oldentruper Bevölkerung zu reduzieren sei, diskutiert werden.

Frau Grünewald stellt fest, dass es nur auf der Trasse der bereits fertig geplanten B 66 n die Möglichkeit gebe, eine Ortsumgehung zu schaffen. Ihres Erachtens bestehe, da die Planung für eine B 66 n bereits abgeschlossen war, u. U. die Möglichkeit, diese Planung aufzugreifen und auf diesem Weg Zeit zu gewinnen.

Herr Wäschebach führt aus, dass es seines Erachtens im Interesse der Oldentruper Bevölkerung sei, einen entsprechenden Beschluss mit großer Mehrheit zu fassen.

Frau Grünewald führt daraufhin aus, dass sie vor diesem Hintergrund nicht auf der im Antrag gewählten Formulierung bestehen werde.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher regt an, den Beschlussvorschlag entsprechend umzuformulieren.

Frau Kreye weist darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Bau einer Umgehungsstraße nicht zustimmen könne und bittet daher, über den letzten Absatz des Beschlussvorschlages gesondert abzustimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Mehrfach hat sich die Bezirksvertretung auf Initiative aller Parteien mit der Verkehrssituation in Oldenrup befasst. Ziel der Bemühungen war und ist es, die erheblichen Belastungen im Ortsbereich Oldenrup, hauptsächlich im Bereich Oldentruper Straße / Potsdamer Straße zu reduzieren.

Als vordringliche Maßnahme fordert die Bezirksvertretung nunmehr als ersten Schritt die Erneuerung des Straßenbelages an der Potsdamer Strasse, von der Oldentruper Kreuzung bis zum Ostring, damit sich die Lärmbelästigung für die dort lebenden Bürger auf ein erträgliches Maß reduziert.

Als weitere Maßnahme soll der Bau des bereits beschlossenen Kreisverkehrs an der Kreuzung Oldentruper Straße / Hillegosser Straße / Bechterdisser Straße umgesetzt werden.

- einstimmig beschlossen -

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher bittet nun um Abstimmung über den neu formulierten letzten Absatz des Beschlussvorschlages.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung beantragt erneut die Prüfung einer möglichen Umgehungsstraße für den Ortsteil Oldentrup ggf. entlang der Bahntrasse.

Dafür: 14 Stimmen
Dagegen: 1 Stimme
Enthaltungen: 0 Stimmen

- mithin beschlossen -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 5.2 *

Zu Punkt 5.3

Zufahrtsmöglichkeit für Rettungswagen, Feuerwehr und Polizei an der Straße Am Schnatbach (erste Zufahrt von der Potsdamer Straße)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6562/2004-2009

(Antrag der CDU-Fraktion)

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob durch die Beseitigung der Durchfahrtssperre an der Straße Am Schnatbach die Zufahrtsmöglichkeit für Rettungswagen, Feuerwehr und Polizei optimiert werden kann.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 5.3 *

Zu Punkt 6

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Br 33 "Gellersbreede" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB, begrenzt durch die Straße Lämmkenstatt im Norden, durch die Stedefreunder Straße im Osten, durch die südliche Randbebauung der Straße Am Bohnenkamp im Süden und durch die Wegetrasse im Westen;

- Stadtbezirk Heepen -

- Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6523/2004-2009

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erklärt zu diesem Tagesordnungspunkt Ausschließungsgründe gemäß § 31 GO NRW und nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Frau Binder-Kruse (Bauamt) erläutert die bisherigen Verfahrensschritte und den aktuellen Verfahrensstand.

Herr Tischmann (Büro für Stadtplanung und Kommunalberatung Tischmann & Schroten) stellt die Entwurfsplanung im Rahmen einer Beamer-Präsentation im Überblick vor.

Er geht dabei besonders auf die sich aus den bisherigen Verfahrensschritten (Frühzeitige Bürgerbeteiligung, Beteiligung der Träger öffentlicher Belange etc.) und der Gebietsstruktur ergebenden Abhängigkeiten (vorhandene heterogene Strukturen, bei der Erschließung zu berücksichtigende Besonderheiten, Lage einer nicht überbaubaren Kanaltrasse, unterschiedliche Interessenlagen der Grundstückseigentümer etc.) ein. Aufgrund der vorgefundenen besonderen Rahmenbedingungen habe daher der Interessenausgleich im Planungsprozess großen Raum eingenommen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf die in der Vorlage getroffene Aussage, dass sich die Versorgungssituation im Kindergarten- und Schulbereich durch Aufgabe der bisherigen Planung (Geschosswohnungsbau) verbessern werde. Er begrüße die Aufgabe des Geschosswohnungsbau zugunsten der vorgesehenen Ein- und Zweifamilienhausbebauung, erkenne aber nicht, dass sich dadurch die soziale Infrastruktur (Versorgung mit Kindergartenplätzen und Schulraumversorgung) verbessere. Die verbesserte Anordnung der Baukörper aus energetischen Gründen beurteile er positiv. Negativ beurteile er dagegen den Verzicht auf einen bisher vorgesehenen Spielplatz. Ein Spielplatz im Quartier sei für ihn unverzichtbar und könne seines Erachtens nicht durch die Aufwertung eines Spielplatzes im Bereich Wefelshof oder durch das Spielen im Straßenraum kompensiert werden. Abschließend fragt er, ob sich aus der Nähe der Hofstelle Bohnenkamp zum Plangebiet Konfliktpotential (z. B. aufgrund von der Hofstelle ausgehenden Geruchsmissionen) ergeben könnte.

Frau Köttnitz (BfB) weist darauf hin, dass eine durchgängige Fußwegeverbindung aus ihrer Sicht sehr wichtig sei und fragt, ob eine entsprechende Wegeverbindung tatsächlich umgesetzt werden könne, wenn die Eigentümer der hierfür benötigten Grundstücksflächen nicht bereit seien, diese zur Verfügung zu stellen. Sie verweise in diesem Zusammenhang auf einen ähnlichen Sachverhalt im Baugebiet „Markengründe“.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) bewertet den Verzicht auf den bisher hier festgesetzten Geschosswohnungsbau positiv. Hinsichtlich des Standortes des Bauernhofes befürchte sie in Hinblick auf die benachbarte Wohnbebauung Konflikte. Die vorhandene soziale Infrastruktur (Kindergarten- und Schulversorgung) sei ihres Erachtens nicht ausreichend. Dies gelte auch für die Anbindung des Quartiers an den ÖPNV.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) hält die ÖPNV-Anbindung des Plangebietes für ausreichend und erläutert die – aus ihrer Sicht gut zu erreichenden - Standorte der Haltestellen am Rande des Plangebietes. Den Verzicht auf den bisher vorgesehenen Spielplatz könne sie nicht nachvollziehen. Unter Bezugnahme auf die in der Vorlage zu möglichen Kampfmittelfundorten getroffenen Aussagen fragt sie, wie mit den geäußerten Vermutungen zu möglichen Fundorten und den sich daraus u. U. ergebenden Gefahren im weiteren Verfahren umgegangen werde. Darüber hinaus fragt sie, aus welchen Gründen – im Gegensatz zu anderen Bebauungsplänen – auf die Festsetzung der Verwendung bestimmter Baumaterialien und anderer konkreter Vorgaben für die Bauausführung weitestgehend verzichtet werde und ob die Ausrichtung der in der Mitte des Quartiers gelegenen Baukörper vor dem Hintergrund energetischer Überlegungen verändert werden könne.

Frau Binder-Kruse führt aus, dass hinsichtlich der angesprochenen sozialen Infrastruktur in die Planung die Bedarfsaussagen der entsprechenden Fachdienststellen einbezogen wurden. Die Bedarfsaussagen orientieren sich an dem bisher in diesem Bereich festgesetzten Geschosswohnungsbau. Insofern ergebe sich bei einer Rückführung der Bebauung grundsätzlich eine günstigere Versorgungsquote. Der Verzicht auf den Spielplatzstandort ergebe sich aus an der Spielflächenbedarfsplanung orientierten Aussagen der Fachverwaltung, dass im Plangebiet zunächst nur wenige Wohneinheiten entstehen werden und es insofern günstiger sei, den gut erreichbaren geplanten Spielplatz im Bereich Welfshof entsprechend aufzuwerten.

Im Anschluss erläutert Herr Tischmann, dass aufgrund der eingeholten Gutachten ein Konflikt zwischen Wohnbebauung und benachbartem Bauernhof aus fachlicher Sicht auszuschließen und der Bestand der Hofstelle insofern nicht gefährdet werde. Auf die Festlegung von Vorgaben für zu verwendende Baumaterialien bzw. der Bauausführung sei aufgrund der bereits heute sehr heterogenen Struktur des Bereiches bewusst verzichtet worden. Hinsichtlich der von Frau Köttnitz angesprochenen Realisierung entsprechender Wegeverbindung führt er aus, dass im Bebauungsplan lediglich entsprechende Nutzungen festgesetzt, diese aber nur dann realisiert werden können, wenn die Eigentümer der Flächen bereit seien, die Flächen zur Verfügung zu stellen. Die Ausrichtung der Baukörper in der Quartiersmitte sei auf gestalterische Überlegungen (Ab-rundung des „Quartiersplatzes“) zurückzuführen, die nicht im Widerspruch zu energetischen Aspekten stehen.

Herr Dr. Elsner stellt hinsichtlich des Verzichts auf den Spielplatz fest, dass sich die Planung nicht an einem Zwischenstand, sondern am gewünschten Ergebnis orientieren sollte. Insofern sei die Aussage, dass aufgrund der Realisierung von zunächst nur wenigen Wohneinheiten kein Spielplatz erforderlich sei, nicht zu akzeptieren.

Frau Klemme-Linnenbrügger schließt sich der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung an. Es sei zudem davon auszugehen, dass in einem neuen Baugebiet zunächst Eltern mit kleineren Kindern leben. Ihnen sei es nicht zuzumuten, den Weg bis zum Spielplatz im Bereich Wefelshof zurückzulegen. Vor diesem Hintergrund sei ihres Erachtens zumindest ein Spielplatz für kleinere Kinder unmittelbar im Plangebiet vorzusehen.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher, Frau Kammeier (CDU-Fraktion) und Herr Stuke (SPD-Fraktion) stimmen ihren Wortbeiträgen dieser Beurteilung zu.

Frau Binder-Kruse erläutert hinsichtlich der vermuteten Kampfmittelfundstellen, dass die anzuwendenden Rechtsvorschriften zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weitere Untersuchung fordern. Eine konkrete Untersuchung sei daher erst bei der Realisierung konkreter Baumaßnahmen zu fordern.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Der Bebauungsplan Nr. III/Br 33 „Gellersbreite“ wird mit Text und Begründung gemäß § 13a BauGB i.V.m. § 3 (2) BauGB als Entwurf beschlossen.**
- 2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. III/Br 33 „Gellersbreite“ ist mit Text und Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die Bekanntmachung der Auslegung erfolgt gemäß § 3 (2) BauGB.**
- 3. Die Bezirksvertretung Heepen vertritt die Auffassung, dass auf den im Aufstellungsbeschluss vorgesehenen Spielplatzstandort vor dem Hintergrund einer ganzheitlichen Planung nicht verzichtet werden kann. Im Plangebiet ist daher an zentraler Stelle ein entsprechender Spielplatzstandort festzusetzen.**

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) hat zu diesem Tagesordnungspunkt Ausschließungsgründe gemäß § 31 GO NRW erklärt und nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilgenommen.

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 6 *

Zu Punkt 7

Gesamtstädtisches Einzelhandels- und Zentrenkonzept **Beschluss über die zukünftige Standortstruktur des Stadtbezirks Heepen** **Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 6546/2004-2009

Herr Blankemeyer (Leiter des Bauamtes) erläutert im Rückblick auf die bisherigen Verfahrensschritte den aktuellen Verfahrensstand.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die von den Akteuren im Stadtbezirk Heepen im Rahmen der bisherigen Diskussion geäußerten Anregungen und Wünsche im Wesentlichen in das Konzept aufgenommen wurden. Im Stadtteil Brake habe die SPD-Fraktion darüber hinaus eine Informationsveranstaltung zum Konzept durchgeführt. Hieraus habe sich die Anregung ergeben, das „grüne Warenhaus“ und angrenzende Teilflächen entlang der Bahn in den Geltungsbereich einzubeziehen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) unterstützt diese Anregung.

Frau Kopischke (Büro Junker & Kruse, Stadtforschung/Planung) führt aus, dass alle an der Diskussion Beteiligten im Verfahren die Auffassung vertreten haben, dass großflächiger Einzelhandel im westlichen Bereich Brakes ausgeschlossen werden sollte. Die jetzt angeregte Ausweitung des zentralen Versorgungsbereiches würde insofern einen Zielkonflikt verursachen.

Herr Wäschebach nimmt Bezug auf die im Rahmen konkreter Planungen bisher nicht berücksichtigte Überlegung, entlang der Bahn eine Straßenverbindung zur Grafenheider Straße zu schaffen und fragt in diesem Zusammenhang, ob sich zwischen den im Konzept getroffenen Festlegungen und entsprechenden verkehrlichen Überlegungen Abhängigkeiten ergeben können.

Frau Kopischke erläutert, dass sich keine Abhängigkeiten zu verkehrlichen Fragestellungen ergeben.

Herr Dr. Elsner weist darauf hin, dass sich bei Realisierung einer entsprechenden Straßenverbindung aufgrund der dann neu geschaffenen Erschließungssituation die Frage ergeben könnte, inwieweit entsprechende Einzelhandelsnutzungen auch über das z. Z. definierte Gebiet hinaus möglich seien. Ihm stelle sich vor diesem Hintergrund die Frage, wie starr das Konzept sei.

Herr Wäschebach ergänzt, ob eine Erweiterung des „grünen Warenhauses“ über die Grenze des zentralen Versorgungsbereiches hinaus grundsätzlich möglich bleibe.

Frau Kopischke erläutert, dass eine Erweiterung in diese Richtung solange möglich sei, wie nicht die Grenze zum großflächigen Einzelhandel überschritten werde. Darüber hinausgehende Erweiterungswünsche wären im Einzelfall zu prüfen.

Herr Blankemeyer ergänzt, dass beabsichtigt sei, das Konzept regelmäßig fortzuschreiben, um aktuellen Entwicklungen Rechnung tragen zu können.

Herr Wäschebach verweist auf den seines Erachtens im Bestand geschützten Holzhandel an der Braker Straße und fragt, ob - sollte die derzeitige Nutzung aufgegeben werden - am Standort zentrenrelevanter Einzelhandel möglich wäre.

Herr Blankemeyer stellt fest, dass diese Möglichkeit am beschriebenen Standort nicht bestehe und erläutert in diesem Zusammenhang die Abhängigkeiten zwischen verbindlicher Bauleitplanung und den sich aus dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept ergebenden Festlegungen.

Frau Köttnitz (BfB) nimmt Bezug auf vorhandene Einzelhandelsstandorte und fragt, ob sich z. B. im Bereich des Freizeitentrums Baumheide weitere Märkte ansiedeln können.

Frau Kopischke erläutert, dass das Konzept Standorte definiere, aber nicht beabsichtige, Wettbewerb auszuschließen. Insofern sei die Ansiedlung zusätzlichen Einzelhandels möglich, soweit die Ansiedlung innerhalb des definierten Rahmens erfolge.

Frau Kammeier (CDU-Fraktion) sieht in der kompakten Ansiedlung von Verbrauchermärkten, wie z. B. nordöstlich des Heeper Ortskerns oder im Bereich des Oldentruper Kreuzes, die Gefahr, dass die vorhandenen Standorte (z. B. Heeper Ortskern) geschwächt werden und fragt, ob mit dem Konzept entsprechenden Entwicklungen konkret entgegengesteuert werden könne.

Herr Blankemeyer führt aus, dass dort, wo zentrale Versorgungsbereiche definiert werden, kein weiterer Einzelhandel verhindert werden könne. Der Bereich des Oldentruper Kreuzes sei anders zu beurteilen, da es sich hier um einen Sonderstandort handele. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept verfolge nicht das Ziel, vorhandenen Einzelhandel vor Wettbewerb zu schützen, sondern solle durch die konkrete Abgrenzung der zentralen Versorgungsbereiche zur Stärkung der Zentren beitragen.

Auf entsprechende Rückfrage von Herrn Scholten erläutert Frau Kopischke, dass das Einzelhandels- und Zentrenkonzept die Voraussetzung schaffe, im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung konkret Einfluss zu nehmen, indem die im Konzept für den zu beplanenden Bereich u. U. getroffenen Aussagen über die verbindliche Bauleitplanung realisiert werden.

Auf die Frage von Herrn Dr. Elsner, inwieweit die im Konzept getroffenen Festlegungen auf rechtsverbindliche Bebauungspläne angewendet werden können, erläutert Herr Blankemeyer, dass es nicht leistbar sei, alle rechtsverbindlichen Bebauungspläne entsprechend anzupassen. Insofern seien die Vorgaben des Zentren- und Einzelhandelskonzeptes bei Vorhaben im Bereich rechtsverbindlicher Bebauungspläne im Einzelfall entsprechend zu berücksichtigen.

Frau Kammeier nimmt Bezug auf die mehrfach in der Bezirksvertretung beratede Unterversorgung des Stadtteils Altenhagen und fragt, inwieweit die Stadt Bielefeld in der Pflicht sei, hier helfend einzugreifen.

Herr Wäschebach sieht keine entsprechenden Möglichkeiten.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher bittet um Erläuterung, inwieweit über das Konzept einer Unterversorgung entgegengewirkt werden könne.

Herr Blankemeyer erläutert, dass - solange durch die Ansiedlung von Einzelhandel in den angesprochenen Bereichen keine Kaufkraft aus anderen Bereichen abgezogen werde - keine Bedenken bestehen, in Bereichen wie z. B. dem Stadtteil Altenhagen Einzelhandel anzusiedeln.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) stellt unter Bezugnahme auf den entsprechenden Wortbeitrag von Frau Kammeier fest, dass in der Ortsmitte des Stadtteils Heepen seinerzeit keine Möglichkeit bestand, z. B. den Jibi-Markt - der inzwischen wichtiger Bestandteil der Nahversorgung des Stadtteils sei - anzusiedeln. Insofern könne er hier eine Schwächung des Ortskerns nicht erkennen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Der zukünftigen Standortstruktur des Stadtbezirks Heepen, bestehend aus zentralen Versorgungsbereichen (Zentren des Typs C und D) und Sonderstandorten, wird gemäß dem Entwurf des gesamtstädtischen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes (Kapitel 3.7, Seiten 130 bis 141) zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 7 *

Zu Punkt 8

Grundschule Wellbachschule - Anbau eines Raumes für den Offenen Ganztag: Vorstellung der Planung

Herr Herrmann (Immobilienervicebetrieb) erläutert die Überlegungen, die zu der Entscheidung, die notwendige Erweiterung durch einen Anbau und nicht - wie im OGS-Konzept vorgesehen - im vorhandenen Gebäudebestand zu realisieren.

Im Anschluss erläutert Herr Gieselmann-Wöller (Architekt) an Hand der vorliegenden Planunterlagen gestalterische und funktionale Details des Bauvorhabens.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher begrüßt die Realisierung der Maßnahme in der vorgestellten Form und weist auf die Bedeutung der Wellbachschule für den Stadtteil Baumheide hin.

Frau Kreye nimmt Bezug auf im Rahmen der Vorstellung des Projektes getroffene Aussagen zu berücksichtigten energetischen Aspekten. Sie verweist auf einen im Zusammenhang mit dem Umbau der Grundschule Am Homersen auf Initiative ihrer Fraktion formulierten Prüfauftrag hinsichtlich der Möglichkeit Schulgebäude im Stadtbezirk mit Fotovoltaikanlagen auszurüsten.

Herr Herrmann erläutert, dass diese Frage im Rahmen der Planung der Erweiterung der Grundschule Am Homersen geprüft wurde. Die Prüfung habe jedoch ergeben, dass die vorhandene Dachfläche zu klein für die Installation einer Fotovoltaikanlage sei.

- Die Bezirksvertretung stimmt der vorgelegten Planung zu. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2009/2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6500/2004-2009

Herr Wittler (Amt für Jugend und Familien - Jugendamt -) erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung im Überblick. Hinsichtlich der in Spalte 1 auf Seite 2 der Vorlage verwendeten Gruppenklassifizierungen verweist er auf die zu Beginn der Beratung an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Übersicht.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) übt Kritik an der aus seiner Sicht unübersichtlichen Aufbereitung des Themas durch die Verwaltung. Inhaltlich beurteilt er die dargestellte gesamtstädtische Situation als leicht verbessert, stellt aber fest, dass im Stadtbezirk Heepen weiterhin ein hohes Versorgungsdefizit bestehe. Die Anfrage der SPD-Fraktion (vgl. TOP 4.3, Drucksache 6537/2004-2009) bzw. der dieser Anfrage zugrunde liegende Antrag der SPD-Fraktion (vgl. BV Heepen - 14.02.2008 - TOP 11 - Drucksache 4850/2004-2009) werde seines Erachtens in der Vorlage nicht beantwortet.

Unter Hinweis auf die von Herrn Wäschebach angesprochene Anfrage erläutert Herr Wittler, dass die Verwaltung zum Anfang des Kindergartenjahres 2008/2009 von den angeschriebenen 20 Kindertagesstätten im Stadtbezirk die Mitteilung erhalten habe, dass insgesamt 160 Kinder für das Kindergartenjahr 2008/2009 angemeldet wurden. 80 dieser Kinder wurden doppelt angemeldet, wohnen nicht im Stadtbezirk oder wurden zwischenzeitlich in einer Kindertagesstätte im Stadtbezirk aufgenommen. 12 weitere Kinder sind in anderen Kindertagesstätten außerhalb des Stadtbezirkes aufgenommen worden. Insgesamt verbleiben somit 68 Kinder, die keinen Platz erhalten haben. Im Stadtbezirk Heepen, Wohnbereich Brake, stehen noch Plätze zur Verfügung. In den anderen Wohnbereichen des Stadtbezirks wurden alle Kindertagesstättenplätze vergeben.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass der Beschlussvorlage für den Stadtbezirk Heepen ein Fehlbedarf von 240 Plätzen zu entnehmen sei. Der Fehlbedarf reduziere sich nun offenbar auf 68 Plätze. Sie bitte die Verwaltung nun mitzuteilen, in welchen Wohnbereichen dieser verbleibende Fehlbedarf in welcher jeweiligen Höhe bestehe. Im Übrigen vertrete sie die Auffassung, dass der Fehlbedarf insgesamt deutlich über den genannten Werten liege, da sich Eltern aufgrund der bekannten Unterversorgung vermutlich u. U. überhaupt nicht um einen Kindergartenplatz bemühen.

Herr Wittler verweist auf die für die einzelnen Wohnbereiche in der Vorlage dargestellten Versorgungsquoten. Der höchste Bedarf bestehe danach im Stadtteil Milse. Da aufgrund der hier bestehenden Unterversorgung häufig in den benachbarten Stadtteil Baumheide ausgewichen werde, beeinflusse der hohe Bedarf im Stadtteil Milse die Versorgungsquote im Stadtteil Baumheide. Insofern sei davon auszugehen, dass die angesprochenen 68 Kinder entweder im Stadtteil Milse oder im Stadtteil Baumheide leben.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher ist überrascht, dass die Betroffenen ihren Bedarf offenbar bisher nicht „angemahnt“ haben.

Frau Kreye vertritt die Auffassung, dass viele Betroffene aufgrund ihrer individuellen Lebenssituation überhaupt nicht in der Lage seien, ihren Bedarf zu artikulieren. Ihres Erachtens sei es u. a. Aufgabe des Gremiums, sich für diese Menschen einzusetzen.

Zu der im Anschluss von Herrn Wäschebach und Frau Kreye gestellten Frage, welche Maßnahmen konkret geplant werden, um das Defizit zu verringern, führt Herr Wittler aus, dass z. Z. versucht werde, durch organisatorische Maßnahmen und in Gesprächen mit freien Trägern zumindest kleinere Angebotserweiterungen zu realisieren. Darüber hinaus werde - auch vor dem Hintergrund des „Konjunkturpaketes“ – geprüft, das Angebot durch die Schaffung neuer Einrichtungen oder die bauliche Erweiterung vorhandener Einrichtungen zu verbessern.

Frau Köttnitz (BfB) schließt sich der von Frau Kreye vertretenen Auffassung an, dass sich das Gremium für die unterversorgten Bürgerinnen und Bürger einsetzen sollte.

Frau Kreye äußert den Wunsch, dass die Verwaltung die Bezirksvertretung über die Abhängigkeiten unterrichtet, die Familien mit Migrationshintergrund u. U. davon abhält, ihren Bedarf zu artikulieren.

Frau Kammeier (CDU-Fraktion) fragt - bezogen auf die Möglichkeit, durch bauliche Maßnahmen ein erhöhtes Platzangebot zu schaffen - ob z. B. das Volkshaus Milse entsprechende Möglichkeiten biete.

Herr Daube erläutert die bauliche Situation und stellt fest, dass diese Immobilie aus Sicht der Verwaltung für diese Zwecke ungeeignet sei.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und stellt fest, dass sich die Bezirksvertretung einvernehmlich dahingehend ausspreche, dass die Verwaltung alle möglichen Anstrengungen unternehmen müsse, um das vorhandene Defizit weiter zu verringern.

Herr Wäschebach bestätigt auf Nachfrage durch stellvertretenden Bezirksvorsteher Sternbacher, dass die Anfrage der SPD-Fraktion (vgl. TOP 4.3) durch die ergänzenden Ausführungen Herrn Wittlers als erledigt zu betrachten sei.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretung Heepen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2009/2010 fest und beauftragen die Fachverwaltung diesen bis zum 15.03.2009 an das Ministerium für Generationen, Familie, Frau und Integration (MGFFI) zu melden:**

	Anzahl an Plätzen für Kinder im Alter von...		
	unter 3 Jahren	über 3 Jahren	Tagespflege
Ia	73	222	
Ib	230	696	
Ic	310	933	
IIa	36		
IIb	130		
IIc	721		
IIIa		1492	
IIIb		2746	
IIIc		2976	
Summe	1500	9065	220

Ohne Hinzurechnung der Plätze in heilpädagogische Gruppen (56 Plätze) und in den sog. „Intensivhorten“ (45 Plätze)

- 2. Für das Kindergartenjahr 2009/2010 werden in städtischen Kindertagesstätten zusätzlich 8,8 Stellen (anteilig Fach- und Ergänzungskräfte) für die Betreuung von unter 3 Jährigen und Kindern mit Behinderungen bereitgestellt. Die zusätzlichen Stellen werden 2010 in den kommunalen Stellenplan aufgenommen.**

- 3. Gegenüber dem Land NRW werden, vorbehaltlich einer endgültigen verwaltungsmäßigen und medizinischen Prüfung des Integrationsbedarfes von Kindern, auf der Basis der z. Z. vorliegenden Erkenntnisse mind. 200 Integrationsplätze gemeldet. Sollten bis zum 15.03.2009 weitere Bedarfe vorliegen, wird die Verwaltung beauftragt, die Meldung entsprechend anzupassen.**

- 4. Im Rahmen der Trägeranteilssubventionierung bzw. Gleichbehandlung sog. kleiner Träger werden jährlich 137.231 €- für das Haushaltsjahr 2009 anteilig 57.179 €- bereitgestellt. Ebenso werden die Mehrkosten für die Trägeranteilssubventionierung kirchlicher Träger in Höhe von jährlich 165.000 € zur Verfügung gestellt.**

5. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2008/2009 (Umsetzung KiBiz) beauftragt, nach Beginn des neuen Kindergartenjahres die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung vorzunehmen. Dabei ist eine haushaltsneutrale Umsetzung *möglichst innerhalb des Budgets des Dezernates 5* anzustreben. Oder: Dabei ist eine haushaltsneutrale Umsetzung *im Haushaltsvollzug* anzustreben. Oder: Dabei ist eine haushaltsneutrale Umsetzung *im Haushaltsvollzug, vorrangig innerhalb des Budgets des Dezernates 5*, anzustreben.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 9 *

Zu Punkt 10

Planung der Tagesbetreuung bis 2013 unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus U 3

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6498/2004-2009

Herr Wittler (Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -) erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung im Überblick und geht dabei auf die zur unter TOP 9 beratenen Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2009/2010 bestehenden Abhängigkeiten (Erreichbarkeit von Zielquoten etc.) ein.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bestätigt Herr Wittler, dass sich die bei Einführung des KiBiz prognostizierten finanziellen Auswirkungen bestätigt haben.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen stimmt der Ausbauplanung der Betreuungsangebote für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren, unter Berücksichtigung der Veränderungen für die 3 - 6 Jährigen sowie der Schulkinder zu und beauftragt die Verwaltung, entsprechend der vorliegenden mittelfristigen Planung, bis zum 01.08.2013 bedarfsgerecht Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und im Rahmen der qualifizierten Tagespflege zur Verfügung zu stellen.

Dafür sind Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes soweit wie möglich auszuschöpfen und zu beantragen.

Die Fachverwaltung berichtet jährlich über den aktuellen Ausbaustand.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11 Straßen - Wege - Plätze; Maßnahme Rückstellungsprogramm 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6446/2004-2009

Herr Daube nimmt Bezug auf die am 10.12.2008 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses für die Mitglieder aller Bezirksvertretungen durchgeführte Informationsveranstaltung. Darüber hinaus verweist er auf den allen Bezirksvertretungsmitgliedern mit den Sitzungsunterlagen für die Sitzung der Bezirksvertretung am 15.01.2009 übersandten Abdruck der Informationsvorlage der Verwaltung (Drucksache 5955/2004-2009) vom 07.10.2008 und die dem Bezirksvorsteher, dem stellvertretenden Bezirksvorsteher, den Fraktionsvorsitzenden, der Vertreterin der BfB und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe *Tiebau/Verkehr/Planung* vorliegenden Abdruck der in der Informationsveranstaltung am 10.12.2008 verwendeten Präsentation „Straße - Wege - Plätze / erhalten statt verzehren“. Nachdem in der Informationsveranstaltung am 10.12.2008 im Wesentlichen über die gesamtstädtisch zu berücksichtigenden betriebswirtschaftlichen Aspekte und das Verfahren im Kontext zur Einführung des NKF informiert wurde, stelle die Verwaltung in der heute zu beratenden Beschlussvorlage Drucksache 6446/2004-2009 vor, welche konkreten Maßnahmen in den Stadtbezirken aus den bilanziellen Rückstellungen 2009 realisiert werden können.

Auf Wunsch verschiedener Bezirksvertretungsmitglieder stellt Herr Sundermann (Amt für Verkehr) nochmals die dem neuen Verfahren zugrunde liegenden betriebswirtschaftlichen Überlegungen im Kontext zum tatsächlichen Zustand der Straßen vor (vgl. Präsentationsunterlagen zum Vortrag vom 10.12.2008).

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktion) stellt fest, dass offenbar aufgrund der seit Jahren aufgehäuften Probleme hoher Handlungsbedarf bestehe. Obwohl die betriebswirtschaftlichen Aspekte Außenstehenden nur schwer zu vermitteln seien, beurteile er die dargestellten qualitativen Überlegungen positiv.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Dr. Elsner und Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erläutert Herr Sundermann die Abhängigkeiten und Kriterien (Funktion der Straße im Straßennetz, Schadensklasse etc.), die bei der Festlegung der Reihenfolge der konkreten Maßnahmen zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus stellt er fest, dass entsprechende Rückstellungen nur für unterlassene Instandhaltungen verwendet werden und z. B. nicht für Neubauten eingesetzt werden können.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher erläutert den haushaltstechnischen Begriff „Rückstellungen“.

Herr Sundermann führt unter Bezugnahme auf die Frage, aus welchen Gründen die in der Anlage zur Vorlage genannten Straßen in verschiedene Abschnitte aufgliedert werden, aus, dass der Straßenbestand bei Einführung des NKF aus buchungstechnischen Gründen in entsprechenden Abschnitten erfasst wer-

den musste.

Frau Kreye (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) sieht durch das neue Verfahren die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der politischen Gremien eingeschränkt.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Sternbacher schließt sich dieser Interpretation an. Darüber hinaus vertritt er die Auffassung, dass abzuwarten sei, ob sich das neue Verfahren bewähre. Aufgrund des hohen Handlungsbedarfes sei es nun jedoch zunächst wichtig, die genannten Maßnahmen zügig umzusetzen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt dem geschilderten Vorgehen zu.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 11 *

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - öffentlich - 26.02.2009 - TOP 12 *

-.-.-

Holm Sternbacher
stellv. Bezirksvorsteher

Herbert Lötze
Schriftführer